

Postadresse:
Regierungsrat des Kantons Aargau
Regierungsgebäude
5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40
Fax 062 835 12 50
E-Mail regierungsrat@ag.ch

Kommission für Wirtschaft und
Abgaben des Nationalrats
3003 Bern

Aarau, 9. Mai 2012

09.503 Parlamentarische Initiative. Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns zur Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative "Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen" eingeladen. Wir danken dafür und nehmen die Gelegenheit zu Stellungnahme gerne wahr.

1. Sachverhalt

Der am 4. April 2011 Folge gegebenen parlamentarischen Initiative verlangt die schrittweise Abschaffung der Stempelsteuer. In einem ersten Schritt sollten die Emissionsabgabe und die Abgabe auf Versicherungsprämien aufgehoben werden. Anschliessend sollte die Umsatzabgabe und damit das ganze Bundesgesetz über die Stempelabgaben aufgehoben werden.

Im Rahmen der "Too big to fail"-Vorlage, die in der Herbstsession 2011 beschlossen wurde, wurde die Emissionsabgabe auf Fremdkapital abgeschafft. Die Neuerung ist auf den 1. März 2012 in Kraft getreten. Damit wurde ein Teil der parlamentarischen Initiative umgesetzt. Als nächstes soll nun die Emissionsabgabe auf Eigenkapital aufgehoben werden. Zu diesem Revisionsvorhaben wurde das vorliegende Vernehmlassungsverfahren eröffnet.

Die Abschaffung der Versicherungsabgabe und der Umsatzabgabe wurde von der Kommission für Wirtschaft und Abgaben jedoch als noch nicht entscheidungsreif beurteilt und an eine Subkommission für die weitere Bearbeitung zugewiesen.

2. Stellungnahme Kanton Aargau

Der Regierungsrat des Kantons Aargau stimmt der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital zu. Die Stempelabgaben weisen generell eine äusserst verzerrende Wirkung auf. Sie verdrängen die betroffenen Geschäfte aus der Schweiz in andere Länder. Dadurch entgehen Bund und Kantone nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die entsprechenden namhaften Einkommens- und Gewinnsteuern auf der damit erzielten Wertschöpfung. In der Vernehmlassungsantwort vom 2. März 2011 zur "Too big to fail"-Vorlage hat der Kanton Aargau darauf hingewiesen, dass die verzerrende Wirkung durch die teilweise Abschaffung der Stempelabgaben noch verstärkt wird, weil die Emission von Eigen- und Fremdkapital ungleich behandelt wird. Die Ausweitung der Abgabebefreiung auf Eigenkapitalemissionen ist daher zu begrüßen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung und versichern Sie, sehr geehrte Damen und Herren, unserer ausgezeichneten Hochachtung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATS

Landammann:

Staatsschreiber:

Susanne Hochuli

Dr. Peter Grünenfelder

Kopie an:

– vernehmlassungen@estv.admin.ch